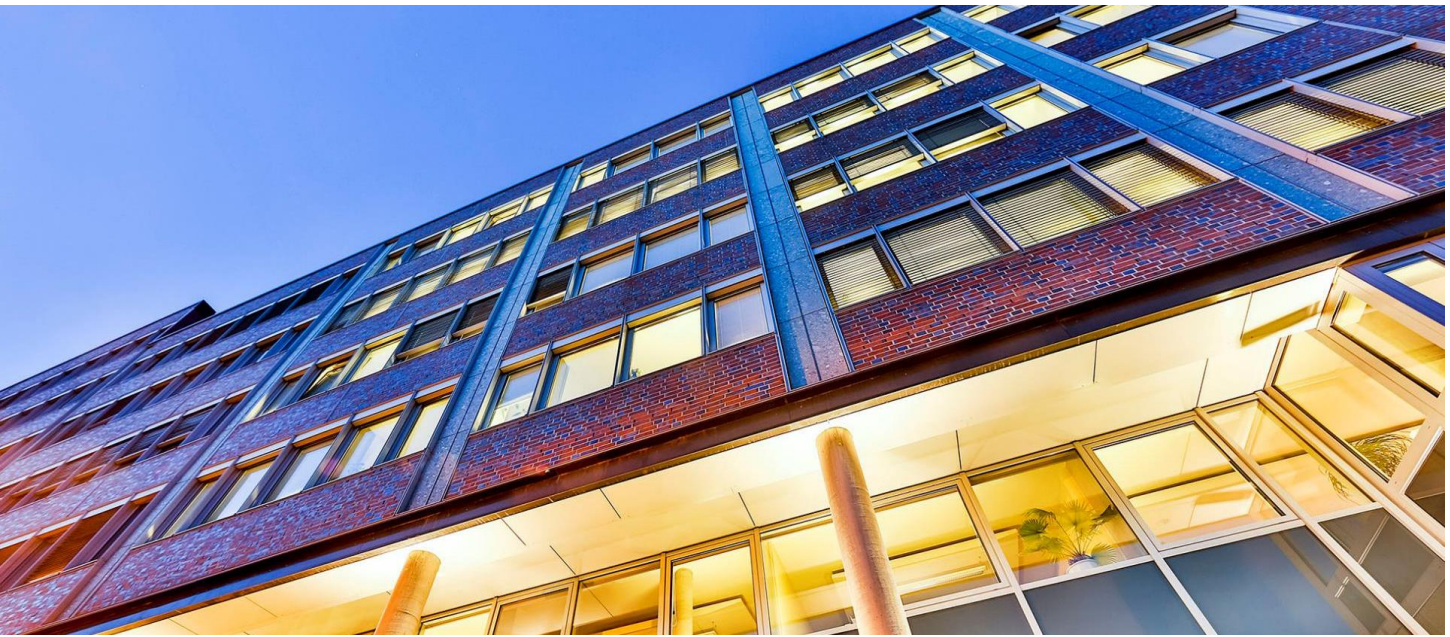




Unternehmensfinanzierung aktuell

Berlin, 28. Mai 2026



Überblick

Konjunktur: Nahostkonflikt und Inflationsschub bremsen die deutsche Wirtschaft

Nach +0,3 % BIP-Zuwachs im ersten Quartal 2026 trüben Nahostkonflikt, Energiepreisschock und Inflation die Wachstumsperspektiven spürbar ein. Für 2026 erwartet der Bankenverband ein Wachstum von 0,7 %.

2

Lage der Unternehmen: Investitionen nur punktuell dynamisch

Investitionen konzentrieren sich auf einzelne Sektoren und größere Unternehmen, während Mittelstand und energieintensive Branchen verhalten bleiben. Resilienzanforderungen erhöhen Kapital- und Priorisierungsbedarf.

5

Kreditvergabe: Leichtes Wachstum im 1. Quartal

Die Kreditnachfrage bleibt vor allem bei KMU verhalten und überwiegend liquiditätsgetrieben. Gleichzeitig entfalten regulatorische Anforderungen in einem schwachen Investitionsumfeld prozyklische Effekte.

7

Konjunktur

Nahostkonflikt und Inflationsschub bremsen die deutsche Wirtschaft

Nach zwei Rezessionsjahren – das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland sank 2023 um 0,9 % und 2024 um 0,5 % – hat sich die gesamtwirtschaftliche Leistung 2025 stabilisiert. Zum Jahresbeginn 2026 deuteten Stimmungsindikatoren und Auftragseingänge sogar auf eine spürbare wirtschaftliche Erholung im weiteren Jahresverlauf hin.

+0,3 %

BIP-Wachstum im ersten Quartal 2026

Die Daten zur BIP-Entwicklung im ersten Quartal 2026 bestätigte diesen zunächst vielversprechenden Jahresauftakt: Gegenüber dem Schlussquartal 2025 wuchs die deutsche Wirtschaft kalender- und saisonbereinigt um 0,3 %.

Mit dem Beginn des Irankriegs am 28. Februar 2026, seiner Ausweitung auf mehrere Anrainerstaaten am Persischen Golf sowie der anhaltenden Beeinträchtigung des Handelsverkehrs durch die Straße von Hormus haben sich die Rahmenbedingungen und Perspektiven für die deutsche Wirtschaft jedoch deutlich eingetrübt.

Die wirtschaftlichen Belastungen zeigen sich insbesondere in den sprunghaft gestiegenen Energiepreisen und der spürbar anziehenden Inflationsrate. Beides schmälert die Kaufkraft der privaten Haushalte und erhöht zugleich die Produktionskosten der Unternehmen erheblich. Hinzu kommen drohende Lieferengpässe bei wichtigen Vorprodukten – etwa bei Düngemitteln oder Helium –, die die Unsicherheit für Unternehmen und Konsumenten zusätzlich verstärken.

Unmittelbar nach Kriegsbeginn sind zudem die Kapitalmarktzinsen in Deutschland und im Euroraum deutlich gestiegen. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem steigende Inflationserwartungen der Finanzmarktakteure. Beim Erwerb länger laufender Staats- und Unternehmensanleihen kalkulieren Investoren seither mit einer höheren Inflationsrate als noch vor Beginn des Konflikts im Nahen Osten.

Der Kapitalmarktzins ist ein zentraler Einflussfaktor für die Höhe der Kreditzinsen für Unternehmen und private Haushalte. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen, die als Benchmark für den Kapitalmarkt im gesamten Euroraum gilt, stieg im März 2026 um gut 40 Basispunkte auf über 3 %. Anschließend ging sie in eine Seitwärtsbewegung über und pendelt seither um die 3-Prozent-Marke. Die parallel gestiegenen Kreditzinsen verteuern die Investitionskalkulationen der Unternehmen spürbar und erhöhen auch die Kosten der Immobilienfinanzierung. Von beiden Effekten gehen direkte Bremswirkungen für die wirtschaftliche Entwicklung aus.

Bundesregierung senkt Wachstumsprognose für 2026 deutlich

Vor diesem Hintergrund haben sich die konjunkturellen Aussichten insbesondere für das zweite Quartal 2026 erheblich eingetrübt. Hinzu kommt, dass sich die seit längerem bekannten strukturellen Schwächen der deutschen Wirtschaft immer stärker bemerkbar machen und die Stimmungsindikatoren zusätzlich drücken.

Die sich zuletzt verschlechternden Wirtschaftsindikatoren haben in den vergangenen zwei Monaten (April und Mai) zu weiteren Anpassungen der Wachstumsprognosen für das Gesamtjahr 2026 geführt. So rechnet die Bundesregierung im Jahresdurchschnitt 2026 trotz eines spürbaren Impulses aus dem Fiskalpaket nur noch mit einem Wirtschaftswachstum von 0,5 %. Im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung von Ende Januar lag die Prognose noch bei 1,0 %.

Der fiskalische Impuls, den der Bankenverband für dieses Jahr auf rund 0,5 % des BIP veranschlagt, bleibt grundsätzlich wirksam. Er dürfte sich jedoch durch gestiegene Produktionskosten und die erhöhte Unsicherheit etwas abschwächen und zeitlich verzögern. Ausschlaggebend für die Abwärtsrevisionen der Wachstumsprognosen ist daher, dass der positive fiskalische Impuls zunehmend durch eine schwächere Entwicklung des privaten Konsums, der Exporte und der Ausrüstungsinvestitionen überlagert wird.

Vor diesem Hintergrund hat auch der Bankenverband seine BIP-Prognose für 2026 von 1,0 % (März-Prognose) auf 0,7 % gesenkt. Diese Wachstumsrate würde selbst dann erreicht, wenn das kalender- und saisonbereinigte BIP im weiteren Jahresverlauf stagnieren sollte. Aktuell liegt das kalender- und saisonbereinigte BIP 0,4 % über dem Jahresdurchschnitt 2025. Berücksichtigt man zusätzlich den positiven Arbeitstageeffekt – im laufenden Jahr fallen vergleichsweise viele Feiertage auf ein Wochenende –, würde das nicht kalenderbereinigte Wachstum auch bei einer Stagnation bis zum Jahresende 0,7 % über dem Vorjahresdurchschnitt liegen.

Für die Prognose einer wirtschaftlichen Stagnation im zweiten Quartal 2026 besteht allerdings ein gewisses Abwärtsrisiko, insbesondere für den Fall einer erneuten Zuspitzung des Nahostkonflikts. Umgekehrt würde eine Deeskalation und eine schrittweise Normalisierung des Schiffsverkehrs durch die Straße von Hormus in der zweiten Jahreshälfte zu einem leichten Anstieg des BIP führen. Insbesondere die Investitionen sollten sich dann etwas günstiger entwickeln als derzeit erwartet.

+0,7 %

prognostiziertes
Wirtschaftswachstum für 2026

Bessere Investitionsbedingungen – Schlüssel für eine tragfähige Erholung

Für eine nachhaltige Belebung der Investitionen in Deutschland sind allerdings weiterhin günstigere Rahmenbedingungen für den Investitionsstandort erforderlich. Dazu zählen insbesondere deutlich schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, spürbar geringere Bürokratie- und Regulierungskosten sowie eine leistungsfähige Infrastruktur und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung.

Strukturreformen in den Sozialversicherungen, die einen weiteren Anstieg der Lohnzusatzkosten verhindern, sowie eine Reform der Einkommensteuer, die den steilen Anstieg der Steuersätze gerade im mittleren Einkommensbereich mildert und eine leistungsfördernde Besteuerung von Personengesellschaften gewährleistet, sind notwendig. Die Bundesregierung muss hier zeitnah tragfähige Konzepte vorlegen.

Um in einer fragilen geo- und sicherheitspolitischen Lage die europäische Souveränität zu stärken, ist es zudem erforderlich, den europäischen Binnenmarkt weiter zu vertiefen und seine Potenziale insbesondere im Dienstleistungssektor und auf den Kapitalmärkten besser zu nutzen.

Werden diese Voraussetzungen erfüllt und geht dies mit einer zeitnahen Lösung des Konflikts im Nahen Osten sowie einer Entspannung an den Energiemärkten einher, könnte die deutsche Wirtschaft in den Jahren 2027 und 2028 wieder strukturellen Rückenwind erhalten und auf einen stabilen Wachstumspfad gelangen.

Leitzinserhöhung der EZB könnte die Kapitalmarktzinsen drücken

3,0 %

Inflation im Euroraum (April 2026)

Im Zuge des Nahostkonflikts ist die Inflationsrate im Euroraum spürbar gestiegen. Sie lag im April 2026 bei 3,0 %, nach 2,6 % im März und 1,9 % im Februar. Sollten sich die Gas- und Ölpreise weiter auf dem aktuellen Niveau halten oder erneut steigen, ist in den kommenden Monaten mit zusätzlichem Inflationsdruck zu rechnen.

Die Europäische Zentralbank steht damit vor einer zunehmend anspruchsvollen geldpolitischen Lage. Die direkten Effekte steigender Energiepreise auf die Inflation – sogenannte Erstrundeneffekte – kann sie kurzfristig kaum beeinflussen. Wichtig ist es daher, Zweit- und Drittrundeneffekte, insbesondere in Form steigender Lohnforderungen, zu begrenzen. Dafür ist es notwendig, dass die Inflationserwartungen von privaten Haushalten und Unternehmen dicht am mittelfristigen Inflationsziel der EZB von 2 % verankert bleiben.

Seit Juni 2025 hat die EZB ihre Leitzinsen unverändert belassen; der Zinssatz für die Einlagefazilität liegt aktuell bei 2,0 %. Die Erwartungen an den Finanzmärkten haben sich im Vergleich zum Jahresbeginn jedoch deutlich verschoben: Statt einer Zinssenkung sind nun bis zum Sommer 2026 ein oder zwei Zinserhöhungen um jeweils 25 Basispunkte eingepreist.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der aus heutiger Sicht zu spät erfolgten Leitzinsstraffung während der Inflationsphase 2021/2022 spricht vieles für eine Leitzinserhöhung bei der nächsten EZB-Ratssitzung am 11. Juni 2026. Gelingt es der EZB, durch eine moderate Zinserhöhung die gestiegenen Inflationserwartungen zu dämpfen, könnten sich die Kapitalmarktzinsen stabilisieren oder sogar wieder leicht zurückgehen. Der dämpfende Effekt einer Leitzinserhöhung auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage würde dadurch begrenzt, und das Risiko einer ganzen Serie von Leitzinsstraffungen könnte reduziert werden.

Lage der Unternehmen

Investitionen nur punktuell dynamisch

Noch bis Ende Februar 2026 blickten viele Unternehmen mit vorsichtigem Optimismus auf das laufende Jahr. Trotz anhaltend schwieriger Rahmenbedingungen war der Wille groß, handlungsfähig zu bleiben und notwendige Investitionsentscheidungen nicht weiter aufzuschieben. Mit der Energiekrise infolge des Iran-Kriegs haben sich die Belastungen weiter verschärft.

Während einzelne Branchen wie Clean Energy und Defence sowie vor allem größere Unternehmen eine stärkere Investitionsdynamik aufweisen, bleibt die Investitionstätigkeit im klassischen Mittelstand sowie in konjunktursensiblen Industrien, wie dem Maschinen- und Fahrzeugbau, insgesamt verhalten. Investitionen werden dort häufiger verschoben oder zurückgehalten. Energieintensive Branchen zeigen dabei eine besonders geringe Investitionsneigung. Zudem erfolgt ein Großteil der Investitionen im Ausland, während die Investitionstätigkeit in Deutschland gering ausfällt.

Neben standortbezogenen Faktoren beeinflusst auch die demografische Entwicklung die Investitionsbereitschaft: In vielen mittelständischen und familiengeführten Unternehmen führt eine alternde Eigentümer- und Führungsstruktur zu vorsichtigeren Investitionsentscheidungen. Gleichzeitig erschweren ungelöste Nachfolgefragen – sowohl innerhalb der Familie als auch im Hinblick auf externe Käufer – häufig Investitionsentscheidungen sowie die langfristige Unternehmensfortführung.

Dabei bleibt der Investitionsdruck für die Unternehmen unverändert sehr hoch. Transformation auch im Sinner digitaler Modernisierung zur Steigerung von Produktivität und Effizienz sind in der Breite notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und auszubauen.

Die Unternehmen sind bilanziell – im Durchschnitt – robust aufgestellt. Finanzierungsmöglichkeiten stehen weiterhin hinreichend zur Verfügung, das gilt sowohl für den Bankkredit als auch für den Kapitalmarkt. Sie werden jedoch zunehmend selektiv nachgefragt.

Resilienz braucht Finanzierung

Nach Einschätzung der privaten Banken haben Unternehmen auf die wiederkehrenden Krisen der vergangenen Jahre mit einer grundlegenden Anpassung ihrer Strukturen und Entscheidungsprozesse reagiert. Risikomanagement und Szenarioplanung sind stärker in die operative Steuerung integriert worden, während Lieferketten robuster ausgestaltet und Abhängigkeiten gezielt reduziert werden. Unternehmen sind heute deutlich besser gegen Preisschwankungen abgesichert als noch 2020.

Unsicherheit wird zunehmend als neuer Normalzustand wahrgenommen. Entsprechend erweitert sich der Fokus vieler, insbesondere global agierender, Unternehmen von Wachstum auf Robustheit, Effizienz und langfristige Resilienz.

Nichtsdestotrotz bleiben (geo)politische Entwicklungen schwer vorhersehbar und entziehen sich zunehmend klassischen Mustern, was die Planbarkeit, etwa von Investitionsentscheidungen, deutlich erschwert. Notwendige Anpassungen sind zudem mit spürbaren Anforderungen auf finanzieller Seite verbunden. Resilienzmaßnahmen binden Kapital, erhöhen den Bedarf an Working Capital und verändern die Priorisierung von Investitionen. Unternehmen sehen sich dadurch gezwungen, ihre Mittel gezielter einzusetzen und Projekte strenger zu selektieren.

Entsprechende Einschätzungen zum Ausblick der Unternehmen im Jahr 2026 finden Sie auch im Podcast mit Marion Bayer-Schiller, Mitglied im Executive Board der UniCredit Bank in München: [Podcast „Bankgeheimnis“ #53](#).

Kreditvergabe

Kreditnachfrage leicht gestiegen

+0,4 %

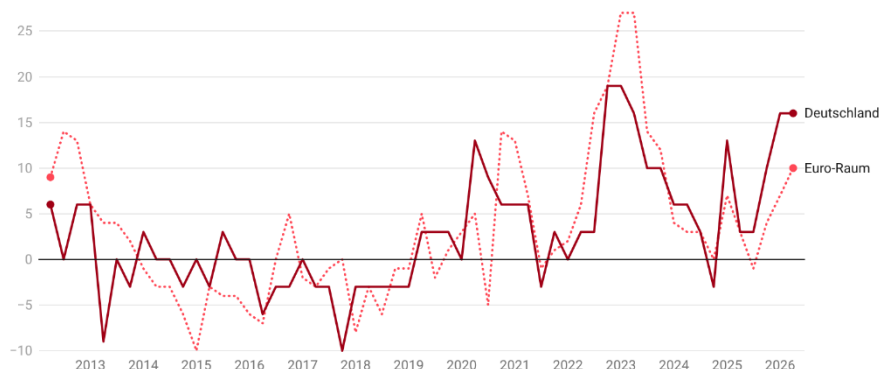
Wachstum Kreditvolumen
ggü. Vorquartal

Die Kreditnachfrage in Deutschland spiegelt weiterhin die Auswirkungen des schwachen wirtschaftlichen Umfelds wider. Laut Bank Lending Survey ist ein leichter Anstieg der Kreditnachfrage zu verzeichnen, sie bleibt jedoch weiterhin unter den Erwartungen und fiel im Euroraum insgesamt negativ aus. Die Kreditnachfrage war primär durch Liquiditätsbedarf und einem gewissen Lageraufbau geprägt, während Anlageinvestitionen insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen weitgehend ausblieben. Infolgedessen erhöhte sich laut Zahlen der Bundesbank das ausstehende Kreditvolumen deutscher Unternehmen gegenüber dem Vorquartal um +0,4 % (private Banken +1,8 %) und gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig um +0,1 % (private Banken +0,6 %) auf insgesamt 1.139,15 Mrd. Euro.

Die zuletzt wahrgenommene Verschärfung der Kreditstandards für Unternehmenskredite im Euroraum setzte sich in aggregierter Betrachtung fort, wobei deutliche branchenspezifische Unterschiede bestehen. Sie reflektiert eine weiterhin abnehmende Risikotoleranz der Banken, die sich vor dem Hintergrund eines schwachen Investitionsumfelds jetzt verstärkt zeigt. Mit den höheren Risikobewertungen steigen die Eigenkapitalanforderungen für Banken – die Bankenregulierung wirkt prozyklisch. Zudem sind Umwelt- und Nachhaltigkeitsaspekte mittlerweile ein wichtiger Faktor bei der Kreditvergabe und fließen in die Risikobewertung ein. Defizite in diesem Bereich gelten zunehmend als Indikator für langfristige Markt- und Geschäftsrisiken.

Bank Lending Survey

Verschärfungen und Erleichterungen der Kreditrichtlinien der Banken gegenüber Unternehmen



Positive Salden zeigen Verschärfungen, negative Salden Erleichterungen der Kreditrichtlinien der Banken an.

Quelle: BLS April 2026 · Erstellt mit Datawrapper

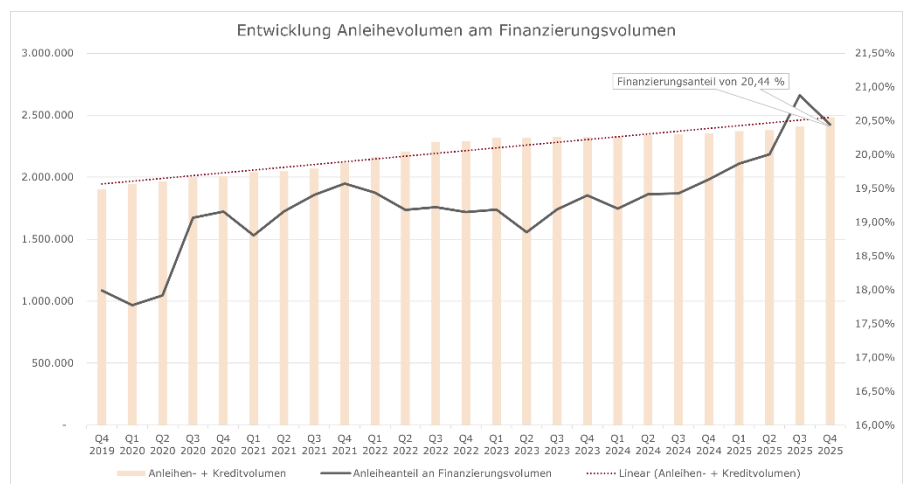
Anleiheemission deutscher Unternehmen wächst zweistellig

+16,0 %

Emissionsvolumen deutscher Unternehmensanleihen ggü. dem Vorjahr.

Die Struktur der Unternehmensfinanzierung hat sich in den zurückliegenden Jahren gewandelt. Zwar bleibt die Kreditfinanzierung insbesondere für den Mittelstand weiterhin die wichtigste Finanzierungsform, jedoch gewinnen alternative Fremdfinanzierungsquellen kontinuierlich an Bedeutung. So ist das Verhältnis der Anleihefinanzierung zur Bankkreditfinanzierung in Deutschland auf über 1:4 (20,4 %) gestiegen. Nach Angaben der Bundesbank erhöhte sich das Volumen ausstehender Unternehmensanleihen (ohne Finanzinstitute) im März 2026 gegenüber dem Vorquartal um 1,5 % und im Jahresvergleich um 16,0 %. Damit setzt sich der seit Juni 2025 anhaltende zweistellige Wachstumstrend gegenüber Vorjahresniveau fort.

Unternehmen können demnach weiterhin auf ein solides und ausreichendes, aber forderndes Finanzierungsumfeld bauen, das die bestehende Finanzierungsnachfrage grundsätzlich bedienen kann.



Leasingfinanzierung

Das schwache Investitionsumfeld zeigt sich auch in der Zurückhaltung der Nachfrage nach Leasingfinanzierung. Das Leasinggeschäft folgt damit weitgehend den Entwicklungen der Gesamtwirtschaft. Laut dem Leasing-Marktbericht (IW-Köln und BDL) wuchs das Leasing-Neugeschäft im zurückliegenden Jahr um +2,7 % (gegenüber 2024) auf 72 Mrd. Euro.

Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich Selbständige

(Ohne Wohnungsbau sowie ohne Finanzinstitutionen und Versicherungen)

| Quartal | Insgesamt* | Kreditbanken | Sparkassen | Landesbanken | Kreditgenossen |
|---|------------|--------------|------------|--------------|----------------|
| Stand Quartalsende in Mrd. EUR | | | | | |
| Q4/2020 | 1.004,140 | 289,981 | 291,999 | 109,749 | 211,861 |
| Q4/2021 | 1.038,005 | 296,964 | 299,256 | 119,994 | 222,897 |
| Q4/2022 | 1.131,232 | 331,245 | 312,071 | 126,210 | 235,585 |
| Q4/2023 | 1.128,953 | 332,860 | 315,176 | 127,518 | 241,709 |
| Q4/2024 | 1.129,733 | 333,463 | 313,845 | 126,645 | 247,013 |
| Q1/2025 | 1.134,184 | 334,034 | 313,943 | 128,697 | 248,862 |
| Q2/2025 | 1.132,216 | 330,643 | 313,998 | 128,609 | 250,704 |
| Q3/2025 | 1.136,999 | 336,889 | 314,016 | 139,152 | 251,609 |
| Q4/2025 | 1.136,195 | 329,831 | 313,040 | 141,105 | 251,895 |
| Q1/2026 | 1,139,154 | 335,734 | 312,969 | 138,879 | 251,976 |
| Veränderungen gegenüber Vorjahreszeitraum (in %) | | | | | |
| Q4/2020 | 3,0 | -1,1 | 3,9 | -3,3 | 5,6 |
| Q4/2021 | 3,4 | 2,1 | 2,6 | 4,9 | 5,3 |
| Q4/2022 | 9,0 | 11,1 | 4,3 | 5,3 | 5,9 |
| Q4/2023 | -0,1 | 0,4 | 0,9 | 1,4 | 2,9 |
| Q4/2024 | -0,1 | -0,6 | -0,2 | -0,4 | 2,4 |
| Q1/2025 | 0,3 | -0,2 | -0,5 | 1,5 | 2,5 |
| Q2/2025 | -0,1 | -1,6 | -0,2 | 1,0 | 2,7 |
| Q3/2025 | 0,5 | -0,1 | -0,2 | 1,9 | 2,6 |
| Q4/2025 | 0,2 | -0,7 | -0,4 | 2,1 | 2,0 |
| Q1/2026 | 0,1 | 0,6 | -0,3 | 0,5 | 1,2 |
| Veränderung gegenüber Vorquartal (in %) | | | | | |
| Q4/2020 | -0,5 | -2,1 | 0,5 | -3,0 | 1,0 |
| Q4/2021 | 2,2 | 3,7 | 0,7 | 3,8 | 1,2 |
| Q4/2022 | -0,6 | 0,5 | 0,4 | -1,2 | 1,2 |
| Q4/2023 | -0,3 | -1,6 | -0,2 | 1,3 | 0,5 |
| Q4/2024 | -0,1 | -0,1 | -0,1 | -0,3 | 0,6 |
| Q1/2025 | 0,4 | 0,5 | -0,1 | 1,6 | 0,8 |
| Q2/2025 | -0,1 | -0,9 | 0,0 | -0,1 | 0,8 |
| Q3/2025 | 0,2 | 0,4 | 0,0 | 0,6 | 0,4 |
| Q4/2025 | -0,4 | -0,6 | -0,3 | -0,1 | 0,1 |
| Q1/2026 | 0,4 | 1,8 | 0,0 | 0,1 | 0,0 |

* Zum Berichtskreis gehören zusätzlich Realkreditinstitute, Bausparkassen und Banken mit Sonderaufgaben. Die Wachstumsraten werden berechnet auf Basis der statistisch bereinigten Veränderungen pro Quartal. Quelle: Bundesbank, Stand Mai 2026

Herausgeber:

Bundesverband deutscher Banken e. V.

Burgstraße 28

10178 Berlin

Deutschland

Lobbyregister-Nr. R001458

EU-Transparenzregister-Nr. 0764199368-97

USt-IdNr.: DE201591882

Kontakt:

kontakt-presse@bdb.de

+49 30 1663-0

bankenverband.de

Inhaltlich verantwortlich:

Dr. Hendrik Hartenstein, Leiter Unternehmensfinanzierung

Volker Hofmann, Leiter Volkswirtschaft